

Hektar Land zusammen. Der Wert von Agrarflächen hat sich im vergangenen Jahrzehnt rund verdoppelt. Zudem gibt es für die großen Flächen hohe EU-Subventionen. Manche Großagrarier aus den alten roten Sellschaften haben seit der Wende Millionen verdient.

**Die früheren SED-Netzwerke sind in den „neuen Ländern“ oft noch intakt.** 1990 hatten die alten Agrarkader die Nase vorn. „Balancen wurden manipuliert, Vermögenswerte unterschlagen oder unterbewertet“, schrieb der Spiegel! Die einfachen LPG-Mitglieder wurden hinausgedrängt. Laut einer Untersuchung der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität sollen 95 Prozent der LPG-Umwandlungen fehlerhaft gewesen sein. Das Land ist heute Milliarden wert. In vielen Orten haben es ehemalige LPG-Bonzen geschafft, in privatisierten Betrieben an der Spitze zu bleiben. Sie gehören ohne Zweifel zu den Wendegewinnern.

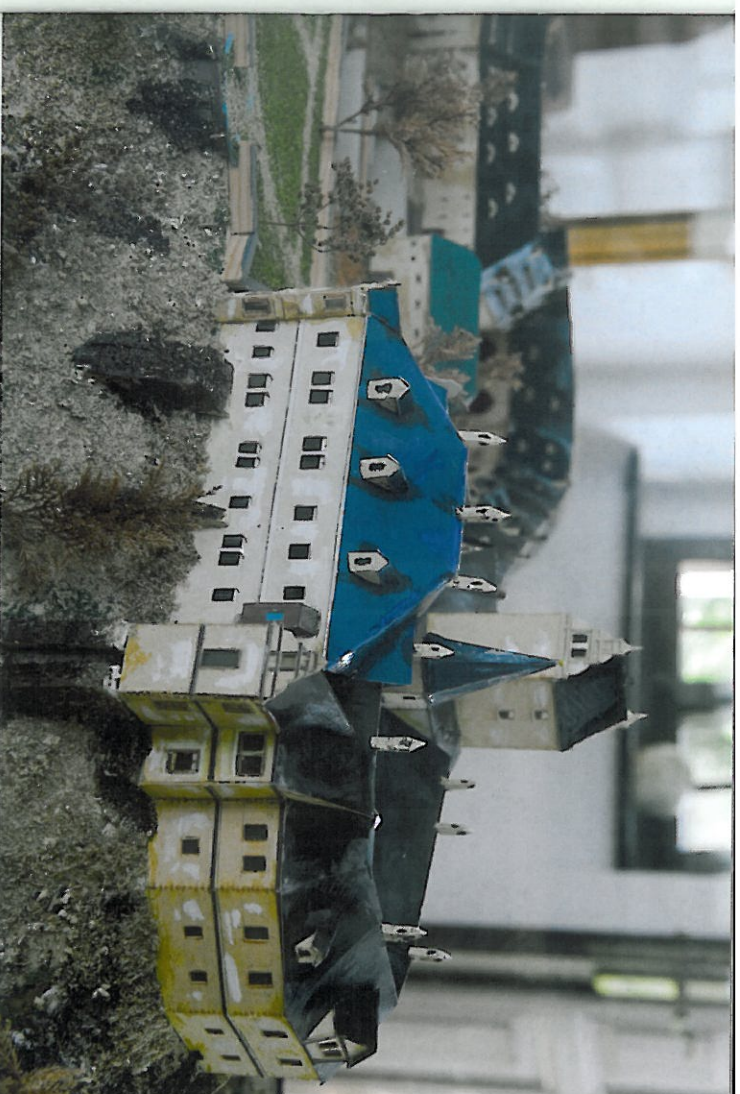
Dagegen waren die Alteigentümer aus dem Westen nicht erwünscht. Kilschees vom „Juncker“ aus dunkler Feudalzeit werden von der mehrfach umbenannten SED-PDS-Linkspartei am Leben erhalten. Als die schwarz-gelbe Regierung vor zweieinhalb Jahren ein Gesetz auf den Weg brachte, das den Rückwerb von Flächen durch Alteigentümer erleichterte, spuckten die SED-Erben Gift und Galle. „Junckerland in Junckerhand“ drohe nun, titelte das *Neue Deutschland*, die einstige SED-Parteizeitung. „Die ostelbischen Großagrarier gehörten zu den wichtigsten Stützen des NS-Regimes“, weiß die Zeitung.

**Daß auch völlig NS-Unbelastete und selbst die Familien von Widerstandskämpfern des 20. Juli in der SBZ brutal enteignet und vertrieben wurden,** verschweigt sie, ebenso daß die Enteignungen oft nach behördlicher Willkür und ohne gerichtliche Überprüfung erfolgten. Noch heute sagt Kirsten Tackmann, Vize-Vorsitzende der Brandenburger Linkspartei, die Bodenre-

form sei „historisch gerechtfertigt“, auch wenn „die Radikalität der Bodenreform mit entschuldigungsloser Enteignung, Ausschluss des Rechtsweges und Ausweisung der enteigneten Familien“ den „demokratischen Charakter beschädigt“ habe.

**Mit dem zweiten Flächenenerwerbsänderungsgesetz hat die schwarz-gelbe Koalition Ende 2010 zwar einige Erleichterungen für die Alteigentümer geschaffen, die Flächen erwerben wollten.** Die Kaufpreise wurden auf dem Niveau von 2004 eingefroren. Zudem können die Alteigentümer ihre alten Flächen mit einem gewissen Abschlag kaufen. Noch heute hält die bundeseigene Bodenverwertungs- und -Verwaltungsgesellschaft (BVVG) knapp 300 000 Hektar, davon 251 000 Hektar landwirtschaftliche Fläche. Das meiste Land liegt in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Wie die Alteigentümer stets betont haben, wollen sie nur jene Flächen wiederhaben, die sich im Staatsbesitz befinden. Seit der Wende hat die BVVG rund 760 000 Hektar landwirtschaftliche Fläche verkauft, darunter 43 600 Hektar an Alteigentümer. In den vergangenen Jahren hat der Staat mit dem Flächenverkauf jährlich zwischen 310 und 550 Millionen Euro eingenommen. „Raubflä-chen werden verkauft“, sagt Schwerin verächtlich.

**Eine der Schlüsselfiguren in der Geschichte der Nicht-Restitution der SBZ-Enteigneten ist Wolfgang Schäuble,** zur Wendezeit Innenminister und heute Finanzminister. Viele Enteignete halten ihn für denjenigen, der maßgeblich verhindert hat, daß auch für sie „Rückgabe vor Entschädigung“ gilt wie für die DDR-Enteigneten. In einem Brief an zwei FDP-Kabinettskollegen hat Schäuble nun mit Verweis auf das Flächenenerwerbsänderungsgesetz Anfang 2013 geschrieben: „Insgesamt sind wir damit auf einem guten Weg, das Unrecht, das den Alteigentümern widerfahren ist, im



Rahmen des Möglichen und politisch Durchsetzbaren zu lindern.“ Doch viele Enteignungsopfer sehen das als Hohn an. „Lächerlich“ sei Schäubles Erklärung, schimpft die Juristin Beatrix von Storch, die seit ihrer Studienzeit für die SBZ-Enteigneten kämpft. „Ein kleiner Teil der Geschädigten, die in der Landwirtschaft enteignet wurden, bekommt die Möglichkeit, einen kleinen Teil zurückzukaufen, doch alle anderen Enteigneten, alle Gewerbetreibenden und Unternehmer sind davon ausgeschlossen.“ Storch hatte mit ihrer Göttinger Studentengruppe 1998 den Auftritt Michail Gorbatschows in Berlin organisiert, bei dem Gorbatschow, der einstige Generalsekretär der KPdSU und letzter Staatschef der Sowjetunion, vor 2000 Zuhörern sagte, es sei „absurd“, daß die Sowjetunion das Festhalten an den SBZ-Enteignungen zur Vorbereitung für die Wiedervereinigung gestellt habe. „Das Unrecht bleibt bestehen“, sagt Beatrix von Storch, die auch zwei Jahr-

**Von der Burg (hier ein Modell) – sie war schon zu Zeiten Kaiser Barbarossas eine bedeutende Befestigungsanlage hoch über dem Muldetal – fanden die von Belows nur noch einen Haufen Geröll. Einige verfallene Wirtschaftsgebäude hatten allerdings den Sozialismus überlebt. Das zeigt auch das Foto auf den Seiten 52/53.**

zehnte nach der Einheit nicht aufgibt. Inzwischen ist sie in die Politik gegangen. Sie kandidiert in Berlin auf Listensplatz 2 der eurokritischen Partei „Alternative für Deutschland“. Auch einige andere Liebäugeln mit dieser Partei, etwa Hubertus von Below, der bislang für die CDU im Gemeinderat von Grimma saß.

**Seine Geschichte zählt zu den Erfolgsgeschichten von Rückkehrern – und doch lastet auch über ihr ein Schatten.** Als die Familie von Below nach der Wende das erste Mal nach Sachsen fuhr, um die einstige Burg Döben ihrer Familie zu suchen, fand sie bloß einen Haufen Geröll. Von der Burg, die schon zu Zeiten Kaiser Barbarossas eine bedeutende große Befestigung